



Lübeck, 25.02.2014

## Vorlage

Verantwortliche Bereiche:  
1.101 - Bürgermeisterkanzlei

Bearbeitung: Henning Junge (E-Mail: [henning.junge@luebeck.de](mailto:henning.junge@luebeck.de) Telefon: 122-1026)

## Wahl eines 2. stellvertretenden Bürgermeisters

### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
27.02.2014	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

### **Beschlussvorschlag:**

Herr Senator N.N. wird zum 2. stellvertretenden Bürgermeister der Hansestadt Lübeck gewählt.

### **Verfahren:**

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: entfällt  
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen  
gem. § 47 f GO ist erfolgt:  
Begründung:

- Ja  
 Nein  
Unmittelbare Belange von Kindern und Jugendlichen sind nicht berührt.

Die Maßnahme ist:

- neu  
 freiwillig  
 vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

- Ja (Anlage 1)

### **Begründung:**

Gem. § 62 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in Verbindung mit § 4 Abs. 4 der Hauptsatzung der Hansestadt Lübeck – jeweils in der derzeit geltenden Fassung – ist es möglich, bis zu 3 Stellvertreterinnen/Stellvertreter des Bürgermeisters aus dem Kreis der hauptamtlichen Senatorinnen/Senatoren zu wählen. Die Wahl erfolgt für die jeweilige Dauer der Amtszeit. Davon hat die Bürgerschaft bislang nur insoweit Gebrauch gemacht, als Frau Senatorin Borns zur 1. stellvertretenden Bürgermeisterin gewählt wurde.

Frau Senatorin Borns ist derzeit verhindert, das Amt der 1. stellvertretenden Bürgermeisterin auszuüben. Es ist nicht absehbar, wann diese Hinderungsgründe entfallen werden.

Die gesetzlichen Aufgaben des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin ergeben sich u.a. aus den Regeln in §§ 64, 65 GO. Um angesichts der Verhinderung der derzeit einzigen Vertreterin des Bürgermeisters die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Hansestadt

Lübeck auch im Falle einer unvorhergesehenen zeitgleichen Verhinderung des Bürgermeisters zu gewährleisten, ist die Wahl eines weiteren Stellvertreters erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen sind damit nicht verbunden.

### **Begründung der Dringlichkeit**

Wie bereits dargestellt, liegen derzeit in der Person der 1. stellvertretenden Bürgermeisterin zeitlich nicht absehbare Hinderungsgründe vor. Die Regeln der Gemeindeordnung erfordern jedoch auch vor dem Hintergrund eines Geflechts von Entscheidungsdelegationen auf nachgeordnete MitarbeiterInnen aus unterschiedlichsten gesetzlichen Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Anforderungen heraus Entscheidungen, die nur vom Bürgermeister oder seiner formal bestellten Stellvertretung getroffen werden können. Da ein Eintreten von Verhinderungsgründen auch des Bürgermeisters aus unvorhersehbaren Gründen nicht ausgeschlossen werden und ein Zustand der Handlungsunfähigkeit nicht hingenommen werden kann, ist kurzfristig eine entsprechende Regelung durch Wahl eines 2. Stellvertreters herbeizuführen. Damit wird auch dem Anliegen des Gesetzgebers aus § 62 Abs. 1 GO entsprochen. Da diese Gefahr mit dem Ausfall der ersten stellvertretenden Bürgermeisterin latent virulent wird und dieser Umstand erst nach Ablauf der Ladungsfrist für die Bürgerschaft eingetreten ist, ist die Erweiterung der Tagesordnung um die Punkte

- Wahl eines 2. stellvertretenden Bürgermeisters und
- Vereidigung des 2. stellvertretenden Bürgermeisters

Im Wege der Dringlichkeit erforderlich.

### **Anlagen:**

keine

Bürgermeister Bernd Saxe